

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt**

**20-14663**  
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Beratungs- und Unterstützungsangebote für Prostituierte in  
Braunschweig**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.11.2020

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Beantwortung)

19.11.2020

Status

Ö

### **Sachverhalt:**

Die Debatte um mögliche Eröffnungen weiterer bordellartiger Betriebe in Braunschweig hat unter anderem auch die Situation und Bedingungen insbesondere von Frauen in der Prostitution sichtbar gemacht:

1. Frauen, die selbstbestimmt und freiwillig einer Tätigkeit in der Sexarbeit nachgehen,
2. Frauen, die in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt werden, indem sie durch Bedingungen, wie bspw. hohe Zimmermieten, ausgebeutet werden,
3. Frauen, die mitten in unserer Gesellschaft von Zwangsprostitution und Menschenhandel betroffen sind.

Auch wenn nicht nur Frauen in der Prostitution tätig sind, fokussieren wir uns an dieser Stelle auf sie.

Es ist anzunehmen, dass diese verschiedenen Situationen der Frauen auch in Braunschweig bestehen. Im Gesetz zum Schutz der in der Prostitution tätigen Personen (Prostitutionsschutzgesetz ProstSchG) sind gesundheitliche und soziale Beratungen vorgesehen, die folglich auch in Braunschweig greifen müssen, um Frauen in der Prostitution durch ein stabile und strukturierte Beratungs- und Unterstützungsangebote erreichen und schützen zu können.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Fragen:

1. Welche gesundheitlichen und sozialen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Prostituierte gibt es aktuell innerhalb der Braunschweiger Beratungslandschaft?
2. Hält die Stadtverwaltung die bisherigen Angebote für ausreichend? Wenn nein, bitte erläutern.
3. Welche Angebote wären eine sinnvolle Ergänzung zu den vorhandenen?

**Anlagen:** keine